

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 388 890

P/XVI/156 - 14. Juli 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a

Ulbricht festnageln!

78

Die Hintergründe der grossen Krise in der Zone
Von Günter Markscheffel

2

Die Wandlung

22

Massenerschießungen werden jetzt offen zugegeben

2

Im Gedenken an Wilhelm Weber

16

Hannover trauert um seinen alten Oberbürgermeister

3

Schweres Versäumnis

47

Unerfüllte Forderungen der berufstätigen Frauen

4 - 6

Der Kampf um den "grössten Haufen"

143

Von der Tätigkeit der
"Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise"

Eine Dokumentation zum Thema
"Politik" - in der Bundesrepublik
(Teil I)

* * *

Ulbricht festnageln!

Die Hintergründe der grossen Krise in der Zone

G.M. - Die Massenflucht aus der Sowjetzone und die jetzt offen vom Zentralkomitee der SED zugegebene grosse Versorgungskrise stehen selbstverständlich in einem unmittelbaren Zusammenhang. Die Menschen in der Zone fühlen und wissen, dass dem Diktator in Pankow das Wasser bis zum Halse steht und dass er es ist, der Moskau zur Entscheidung bei der "Lösung" des Berlin- und Deutschlandproblems in seinem Sinne drängt. Die fliehenden Zonenbewohner fürchten die Errichtung einer streng bewachten Staatsgrenze innerhalb Deutschlands und nehmen deshalb das Risiko der Flucht auf sich.

Wenn man die offiziellen Begründungen Pankows für die Versorgungskrise liest, kann einem schlecht werden. Da heisst es in "Neues Deutschland":

"Die Schwierigkeiten in der Konsumgüterproduktion gehen auf das Konto derer, die sie organisieren; der Ultras in Bonn".

So irr wie diese Behauptung ist, war kaum je etwas, das von Pankow gegen die Bundesrepublik gesagt wurde. Denn selbst wenn man nicht parteichinesisch kann, merkt man doch die Haltlosigkeit derartiger Behauptungen. In demselben Artikel von "Neues Deutschland" wird gesagt:

"Der verstärkte Ausbau bestimmter Zweige der Grundstoffindustrie und die Umstellung auf eine enge Wirtschaftsgemeinschaft mit der Sowjetunion ist zu einer Aufgabe geworden, die genau so wenig aufgeschoben werden kann wie der Abschluss des Friedensvertrages."

Gemeint ist natürlich der separate Friedensvertrag zwischen Moskau und Pankow.

In dem Hinweis auf den "verstärkten Ausbau bestimmter Zweige der Grundstoffindustrie und die Umstellung auf eine enge Wirtschaftsgemeinschaft mit der Sowjetunion" ist der entscheidende Grund für die Hysterie eines Ulbricht und der übrigen SED-Scharfmacher zu suchen. Hier ist aber auch die Erklärung für das Versagen der sowjetzonalen Wirtschaft.

Fachleute haben errechnet, dass die sogenannte DDR die innerhalb der Wirtschaftsgemeinschaft der Ostblockstaaten (COMECON) vor etwa zwei Jahren übernommener Verpflichtungen höchstens zu 50 bis 60 Prozent erfüllt hat.

Länder wie Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien sind dadurch mit ihren auf der Grundlage von Pankower Lieferungs-
zusagen entwickelten Wirtschaftsplanungen in ihrer eigenen Wirtschaft
völlig durcheinander geraten. Gerade diese Länder hatten in ihrem Re-
spekt vor der "deutschen industriellen Leistung" mit absoluter Sicher-
heit die Erfüllung der Zusagen aus Pankow in Rechnung gestellt.

Vorübergehend hat die Sowjetunion Löcher gestopft; vor allem mit
Erzeugnissen der mittleren Maschinenindustrie, der chemischen Industrie
und der Elektrotechnik. Da andererseits die Sowjetunion jedoch für die
gleichen Produkte hohe Lieferungsversprechen einigen Entwicklungsländern
(besonders in Afrika und Südamerika) gemacht hat, kann selbst der grosse
Bruder in Moskau die defizitären Erscheinungen innerhalb der Wirtschafts-
gemeinschaft der Ostblockstaaten nicht mehr ausgleichen.

Ulbricht sieht sich daher einem doppelten Druck ausgesetzt.

Erstens muss er versuchen, die von ihm selbst gegebenen Lieferungs-
verpflichtungen an die Ostblockstaaten zu erfüllen.

Zweitens muss er Mittel und Wege finden, die seine Fehlkalkulationen
und die Unfähigkeit, in der Zone "den Sozialismus durchzuführen", ver-
tuschen.

Die Zonenbevölkerung, aber auch die grosse Funktionärschicht der
SED und des FDGB werden unter Druck gesetzt. Jetzt ist im "Neues Deutsch-
land" davon die Rede, dass

"Ein nicht geringer Teil der Bevölkerung mit unserer
Propagandaarbeit nicht erfasst"

wird. Und gleich darauf wird als "Perspektive" der Hoffnungslosigkeit
erklärt:

"Es gibt eine Reihe von Schwierigkeiten in der Versorgung
der Bevölkerung mit Konsumgütern, die wir nur allmählich
überwinden können".

Dieser Satz enthält also das Eingeständnis, dass ein Ende der Krise
vorläufig noch nicht abzusehen ist.

Wir wissen nicht, wie man in Moskau über diese Entwicklung denkt.
Eines aber ist sicher: in Moskau, Warschau, Prag, Budapest, Bukarest und
Sofia weiss man jetzt, dass Ulbricht unverschämt gelogen hat, als er vor
zwei Jahren versprach, das "deutsche Industriepotential voll und ganz
für den Aufbau des Sozialismus" einsetzen zu können. Ob diese Erkennt-
nis und dieses Wissen bestimmte politische Konsequenzen für den Angeber
in Pankow haben wird, bleibt abzuwarten. Der Westen hätte eine gute Kar-
te im Spiel, wenn er bei kommenden Verhandlungen über das Deutschland-
problem das Versagen und den Schwindel Ulbrichts, mit Zahlen und Fakten

darstellen würde

Die grosse Wandlung

Massenerschiessungen werden jetzt offen zugegeben

sp - Wenn man vor drei oder vier Jahren gelegentlich in einer Gesellschaft davon sprach, während des Krieges seien in Polen oder in Russland Massenerschiessungen von Juden und anderen Gefangenen durchgeführt worden, konnte es einem passieren, dass man indigniert darauf aufmerksam gemacht wurde, man mache sich entweder die Argumente der "kommunistischen Propaganda" oder die Behauptungen "antideutscher jüdischer Übertreter" zu eigen. Das ist jetzt anders geworden, denn nachdem von der Ludwigsburger Zentralstelle etwa 900 Verfahren wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen im Ausland eingeleitet werden mussten, schweigt man sich in gewissen Kreisen peinlichst aus.

Auch einige Prozesse der jüngsten Zeit haben etwas Klärung in das Dunkel der Vergangenheit gebracht. In diesen Prozessen war es nicht möglich, die schrecklichen Tatbestände zu verschleiern, und wenn man sich auch gelegentlich auf den "Befehlsnotstand" zurückzog, so musste doch das Faktum der Massenerschiessungen selbst zugegeben werden.

Gerade in diesen Tagen sagte der frühere Wehrmachtsoffizier Dr. Hornig als Zeuge im Münchener "Bradtsch-Process" aus:

"Meine Unterführer waren dankbar, dass ich sie aus dem Massenmorden herausgehalten habe."

Kein anderer Zeuge und auch kein Angeklagter hat es gewagt, abzustreiten, dass unschuldige Menschen in Massen und mit grösster Grausamkeit ermordet wurden.

+ + +

Im Gedenken an Wilhelm Weber

Hannover trauert um seinen alten Oberbürgermeister

sp - Im Alter von 82 Jahren ist am Mittwoch der langjährige frühere Oberbürgermeister der Stadt Hannover, Wilhelm Weber, gestorben. Seit sechs Jahrzehnten lebte der gebürtige Hamburger, der bereits seit 1903 der SPD angehörte und seit 1906 gewerkschaftlich tätig war, in Hannover und hat dort über 40 Jahre in der kommunalpolitischen Arbeit, nur unterbrochen durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft, mit grosser Umsicht und verdienstvoll gewirkt. Seit 1946 übte er über 10 Jahre das Amt des Oberbürgermeisters aus. Die Entwicklung der niedersächsischen Landeshauptstadt zu einer modernen und fortschrittlichen grossen Stadt ist mit dem Namen von Wilhelm Weber untrennbar verbunden. Mit ihm ist einer der hervorragenden sozialdemokratischen Kommunalpolitiker von uns gegangen, deren menschliche Grösse und politische Tatkraft, insbesondere in den schweren Nachkriegsjahren, so beispielhaft für den Wiederaufbau und Neubau eines demokratischen Gemeinwesens waren.

+ + +

Schweres Versäumnis

sp - Das Grundgesetz bestimmt in Artikel 20: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat. Nach Artikel 12, Abs. 1 haben alle Deutschen das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die meisten Länderverfassungen sagen, dass jeder junge Mensch - ohne Rücksicht auf Herkunft und wirtschaftliche Lage - das Recht auf eine seinen Fähigkeiten oder seiner Begabung entsprechende Ausbildung und Erziehung hat. Dieses Recht steht zum grossen Teil nur auf dem Papier, es hat noch nicht seinen Niederschlag in der bundesrepublikanischen Gesetzgebung gefunden, obwohl der Bundestag - einstimmig! - schon vor drei Jahren die Bundesregierung aufgefordert hatte, ein Berufs- und Erziehungsbeihilfegesetz auszuarbeiten. Die Bundesregierung mit ihrem Familienminister Würmeling liess diesen Beschluss des Bundestages unbeachtet und machte sich damit eines schweren Versäumnisses schuldig. Den Nachteil tragen die Frauen und Mädchen.

Höchste Zeit ist es, den gesetzlichen Wirrwarr auf diesem Gebiet zu beseitigen. Was spricht eigentlich dagegen, aus den mehr als 20 Bestimmungen begrenzter Berufs- und Ausbildungsförderung, die in der Nachkriegszeit erlassen wurden, ein einheitliches, durchsichtiges, vernünftiges Gesetz zu entwickeln, das der industriellen Wirklichkeit von heute gerecht wird und den Auftrag des Grundgesetzes erfüllt.

Die Dringlichkeit eines solchen Gesetzes machen folgende Zahlen deutlich:

	<u>schon erwerbs-</u> <u>tätig</u>	<u>noch in der</u> <u>Lehre</u>	<u>noch in einer</u> <u>ander. Ausbildg.</u>
<u>Kinder von Arbeitern</u>			
i. d. Landwirtschaft	64,6 %	21,5 %	13,9 %
i. d.gewerbl. Wirtsch.	65,4 %	23,4 %	11,2 %
Beamten u. Angestellte	41,6 %	23,2 %	35,2 %
Rentenbeziehern u. and. nicht Erwerbstätigen	66,3 %	17,2 %	16,5 %

Es sind die Kinder gezählt, die noch mit den Eltern zusammenleben. Da Mädchen in diesem Alter bereits oft verheiratet sind, ist anzunehmen, dass sie die Gruppe der "schon Erwerbstätigen" noch verstärkt hätten. Besonders betroffen sind auch hier wieder die jungen Mädchen, die auch heute noch im Vergleich zu den männlichen Jugendlichen innerhalb der Familien zurückstehen müssen und deshalb doppelt benachteiligt sind.

Es ist das Verdienst der sozialdemokratischen Frauentagung in Oberhausen, die deutsche Öffentlichkeit auf die Notwendigkeit eines umfassender Berufsausbildungs- und Erziehungsbeihilfegesetzes aufmerksam gemacht zu haben. Der Anteil der Frauen und Mädchen im Arbeitsprozess nimmt ständig zu. Die gegenwärtige Berufsausbildung hinkt nach, sie entspricht nicht den Erfordernissen der modernen Industrielwelt. Viele Begabungen liegen brach und gehen dem Wohle des Ganzen verloren. Die herrschende Regierungspartei hat keinen Blick dafür, sie widmet ihre Energien mehr der Konfessionalisierung der gesellschaftlichen Gruppen, statt sich mit darauf zu konzentrieren, die heranwachsende Jugend so auszubilden, wie es die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts gebietet.

Der Kampf um den "grössten Haufen" (Teil I)

Von der Tätigkeit der
"Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise"

"Propaganda arbeitet darauf hin, den Denkprozess des Menschen zu entlasten, um das Denken letztlich ganz auszuschalten. Propaganda strebt danach, den Gleichschritt der Geister herzustellen. Die Propagandisten wissen, dass man das Individuum gebrauchen kann, wenn man es zwingt, in Kolonnen auf dem gleichen Fuss "Hurra" zu schreien."

* * *

W.F.-Dieser Satz steht in einem Buch, dessen Verfasser der Chef der sog. "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" ist. Er heisst Hans-Edgar Jahn und muss es wissen. Erstens hat er während der Hitlerzeit in Berlin die "Hochschule für Politik" absolviert und führt demzufolge mit Recht die Bezeichnung "Dipl. So. Pol." (Diplomierter Politik-Wissenschaftler); andererseits war er bereits als NS-Führungsoffizier ein Praktiker der politischen Propaganda. Auch nach dem Zusammenbruch war er seiner Neigung zur Politik treugeblieben und nahm als Kreissekretär der CDU in dem schleswig-holsteinischen Städtchen Husum - im Reiche des CDU-Wahlkampfleiters Kai-Uwe von Hassel - Propagandaaufgaben wahr. Dann, im Jahre 1951, schlug Jahns grosse Stunde während der Begegnung mit dem damaligen Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Dr. Otto Lenz. Fühlte sich Jahn schon immer zu hohe zu berufen, jetzt erhielt er den Auftrag seines Lebens, nämlich unter dem Deckmantel, die "Demokratie im Volksbewusstsein zu verankern", die Politik der Regierung Adenauers im grossen Stile zu popularisieren. Die Mittel zu einer grosszügigen Propaganda wurden von dem Staatssekretär bereitgestellt. Wie sich bald zeigen sollte, erwies sich Jahn als rührig genug, im Laufe der Zeit weitere Kanäle zu erschliessen.

In einer Demokratie ist es verständlicherweise nicht möglich, Propaganda mit den Methoden totalitärer Regime zu betreiben. Schliesslich sind in einer Demokratie nicht immer alle einer Meinung - es gibt eine Opposition, die neugierig ist und bestrebt, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen. Man musste sich also tarnen. Die beste Tarnung aber ist der Anstrich der Überparteilichkeit. Also wurde die "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" - kurz ADK genannt - auf der überparteilichen Basis ins Leben gerufen - allerdings nicht unter Beteiligung der Parteien, aber immerhin einiger ihrer Mitglieder. Auch die Namen bekannter Widerstandskämpfer des 20. Juli eigneten sich für derlei gutgemeintes Werk vorzüglich - also gewann man u.a. den Grafen York von Wartenburg; noch lange nach seinem Ausscheiden konnte man sich eines so vorzüglichen Namens rühmen. Aber es war keineswegs der einzige.

Die Täuschung der Gutwilligen

Der Grundgedanke der ADK war, Westdeutschlands junge Demokratie über ein weiteres politisches Bildungswerk zu stärken. Wer nicht über die Parteien ansprechbar ist, sollte über eine parteipolitisch neutrale Einrichtung für das politische Interesse gewonnen werden. So hiess es damals in einer Veröffentlichung der ADK vom Jahre 1952: "Das Wirken der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise erfolgt auf allen Ebenen überparteilich. Die ADK wendet sich in ihrer Arbeit vor allem an jene Menschengruppen, die noch abwartend dem politischen Zeitgeschehen gegenüberstehen. Dies geschieht durch sachliche Unterrichtung über aussenpolitische, innenpolitische, wirtschaftspolitische, sozialpolitische und kulturpolitische Fragen."

Das klingt alles sehr gut, und die Auffassung konnte durchaus vertretbar sein, dass in der Bundesrepublik damals weitere Bildungsgemeinschaften zur Förderung demokratischer Verhaltensweisen gebraucht wurden. Selbst eine Finanzierung solcher überparteilichen Gemeinschaften durch den Staat, wie sie bei der ADK vornehmlich aus Mitteln des Bundeskanzleramtes erfolgte, sollte nicht von vornherein umstritten sein. Es gibt Bildungseinrichtungen im politischen Bereich, die sich einen Namen gemacht haben. Aber das galt nur dann, wenn es sich tatsächlich um "überparteiliche" Einrichtungen handelte. Das war aber bei der ADK, wie sich bald herausstellte, nicht der Fall.

Gegen den Willen mancher Gutwilliger in der ADK, die an eine Überparteilichkeit glaubten und daran festhalten wollten, begann die Bonner Zentrale in ihren für die Öffentlichkeit bestimmten "Informationen A", sowie in den für die Mitarbeiter bestimmten "Informationen B" völlig einseitig die Politik der derzeitigen Bundesregierung zu popularisieren. Die Opposition kam nur dann zu Wort, wenn sie mit der Regierung übereinstimmte, in anderen Fällen wurde sie geschalmeistert, vor allem in den Mitarbeiter-Informationen. Dabei hatte die ADK-Zentrale angekündigt, sie wolle "zur Unterrichtung der Mitarbeiter über das politische Zeitgeschehen" für eine "laufende Versorgung mit objektiven Tatsachenmaterial" sorgen, damit "den demokratischen Parteien Mitarbeiter" herangebildet werden. Aber auf den Veranstaltungen der ADK traten mit wenigen Ausnahmen nur CDU-Anhänger oder kanzlertreue Männer auf. Oftmals gab es Proteste bei den sich getäuscht vorkommenden Eingeladenen und auch bei den Mitarbeitern, die an eine Überparteilichkeit der ADK geglaubt hatten. Sie änderten nichts an den wahren Absichten der Gründungsfunktionäre, für Adenauer und die CDU zu arbeiten und für sonst niemand. Bald hatten auch die Gutgläubigsten unter den Gründungsmitgliedern herausgefunden, dass sie von den Funktionären überfahren worden waren. Im Mai 1952 war auf ihr Drängen hin noch ein sog. Bundeskuratorium gegründet und eine Ver. einsetzung beschlossen worden, aber die Funktionäre liessen den Verein nicht ins Vereinsregister eintragen, sodass kein Mitglied die Möglichkeit hatte, eine Versammlung einberufen zu lassen, oder die Durchführung demokratischer Vorstandswahlen zu erzwingen. So blieb den Getäuschten schliesslich nicht übrig, als ihren Austritt zu erklären.

"Präsident" Jahn endlich unter sich

Dieser "Reinigungsprozess" war den Funktionären offenbar gerade recht. Als sie sicher waren, unter sich zu sein, hielten sie die offizielle Gründungsversammlung ab. Das war am 3. September 1956, nach fünfjährigem Bestehen; seitdem ist die ADK auch im Vereinsregister eingetragen. An der Gründungsversammlung nahmen nur noch sieben von 48 Personen teil, die nach der Gründung zu den Mitarbeitern gehörten, und zwar:

1. Hans-Edgar Jahn, der vor der Versammlung zum "Präsidenten" gewählt wurde,
2. Wolfgang Thomas, Hameln, der schon zuvor dem 1952 gebildeten "Bundeskuratorium" angehörte und "Bezirksbeauftragter" der ADK war. Thomas war als Redakteur an NS-Tageszeitungen tätig.
3. Alfred Sagner, Bonn, derzeit im Ministerbüro des Verteidigungsministers Strauss tätig, später einer der Spitzenfunktionäre des Komitees "Rettet die Freiheit".
4. Rudolf Nemitz, Gustavsburg/Hessen, Landesbeauftragter der ADK für Hessen.

5. Siegfried Sorge, Konteradmiral a.D., Bad Godesberg.
6. Wilhelmine Winter, Bad Godesberg, Buchhalterin der ADK und
7. Horst Rögner-Francke, Berlin, Landesbeauftragter der ADK für Berlin, bereits Mitglied des Bundeskuratoriums.

Die Gründungsmitglieder teilten alle Funktionen unter sich auf. Präsident wurde, "wie erwähnt, Jahn, Vizepräsident Rögner-Francke, Wilhelmine Winters Schatzmeisterin" und als "Rechnungsprüfer" traten Thomas und Nemitz ein. Später sollte auch der Konteradmiral Rechnungsprüfer werden. Jetzt gab die Bundesregierung offen zu, dass die ADK "offen parteilich" eingestellt sei und "wertvolle Arbeit" für die Verbreitung und Verdeutlichung des Regierungsstandpunktes leiste (Bulletin der Bundesregierung, englisch-sprachige Ausgabe, 1. Nov. 1956).

Irreführende Satzung

Nach der aus dem Vereinsregister zu ersiehende Satzung handelt es sich bei der ADK um einen gemeinnützigen Verein, der also keinen Gewinn erstrebt. Die erforderlichen Geldmittel würden, so heisst es, "durch Beiträge, freiwillige Zuschüsse und Spenden aufgebracht", Mitglied kann aber nicht jeder werden. Einstimmig muss erst die Mitgliederversammlung entscheiden, wenn ein Aufnahmeantrag vorliegt. Aber Mitgliederversammlungen finden selten statt, Mindestens einmal im Jahr muss nach der Satzung eine stattfinden. Aber was soll sie beschliessen? Der Vorstand wird, entgegen allen demokratischen Gepflogenheiten, in diesem Verein gleich auf drei Jahre gewählt. Der Vorstand ist wiederum identisch mit dem Präsidenten, denn dieser "vertritt den Verein nach aussen als Vorstand im Sinne des Vereins". Präsident ist der Gründer Hans-Edgar Jahn, er ist die ADK, ohne ihn kann nichts geschehen.

Über die Ziele der ADK sagt die Satzung folgendes:

"Der Verein hat den Zweck, den demokratischen Gedanken im Volk zu verankern und unsere Mitbürger zu staatspolitischem Verantwortungsbewusstsein und zur Mitarbeit heranzuziehen. Er führt Aufklärungsarbeit über ausserpolitische, innenpolitische, wirtschaftspolitische, sozial- und kulturpolitische Fragen durch. Dies geschieht durch Veranstaltung von Versammlungen, Diskussionen, Tagungen, Lehrgängen und Seminaren. Er fördert alle Bestrebungen, die mit obiger Zielsetzung übereinstimmen und nimmt Föhlung und Meinungsaustausch mit Insituten gleicher oder ähnlicher Art."

Nach diesem § 2 ihrer Satzung arbeitet die ADK; es ist ein Gummi-paragraph. Denn den "demokratischen Gedanken im Volk zu verankern" wird von ihr so verstanden, dass es genügt, wenn das Volk durch die parteipolitische Brille der CDU/CSU schaut, und die "Heranziehung zu staatspolitischem Verantwortungsbewusstsein und zur Mitarbeit" bedeutet bei ihr, dass sich jeder der staatspolitischen Einsicht der CDU/CSU-Föhrung zu beugen hat, will er sich nicht ernster Kritik aussetzen.

Dafür gibt es zahlreiche Beispiele.

+ + +

(wird fortgesetzt)

Verantwortlich: Günter Markscheffel